

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1846

4 (14.10.1846)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das Vierteljahr vom 1. October bis 31. December 1846 im Umfang des Großherzogthums 42 Kreuzer durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

Die Rundschau.

N^o 4. Karlsruhe, Mittwoch den 14. October. 1846.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei den nächstgelegenen Postämtern, in Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg und Freiburg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreivierteligen Petitzeile berechnet.

Carlruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

Das Finanzgesch.

III.

Die außerordentlichen Ausgaben bestehen theils aus neuen, theils aus solchen, die schon früher im Budget bewilligt oder im Verwaltungsweg angeordnet, aber nur theilweise oder gar nicht zur Verwendung gekommen sind, und im Laufe der Jahre 1846 und 1847 fortgesetzt oder vollendet werden sollen. Für die neuen sind Credite bewilligt, für die früher genehmigten werden die Credite aufrecht erhalten, und die für beide zusammen bestimmte Summe beträgt 3,236,860 fl. Dazu kommen noch Ausgaben, welche aus dem Grundstockvermögen zu schöpfen sind, im Betrage von 191,528 fl. In keiner früheren Finanzperiode haben sich die außerordentlichen Ausgaben so hoch belaufen, und es ist zu wünschen, daß überall, wo es thunlich ist, namentlich in den ärmeren Gegenden des Saarkreises und des Odenwaldes, möglichst bald die Arbeiten begonnen werden, welche einer Anzahl der Bewohner Beschäftigung und Verdienst geben, dessen sie in der jetzigen Zeit so dringend bedürfen.

Die außerordentlichen Ausgaben vertheilen sich unter die verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung wie folgt:

Dem Etat des Staatsministeriums sind zugewiesen: für Einrichtungsgelder Sr. Großh. Hohheit des Prinzen Friedrich nach dem Apanagengesetz 6,666 fl. 40 kr.; für den Staatsrath, der von dem ordentlichen Etat ausgeschieden wurde, bis seine Einrichtung durch ein Gesetz bestimmt sein wird, was auf dem nächsten Landtag geschehen soll, 14,100 fl. Endlich aus dem Grundstockvermögen zur Vollendung und inneren Einrichtung des Akademiegebäudes, so wie zur Anschaffung von Kunstgegenständen 42,645 fl.

Dem Ministerium des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten sind bewilligt: für einen zweiten Band der Urkundensammlung für die Haus- und Landesgeschichte 2,000 fl.; für Grenzberichtigungskosten 2,367 fl. 12 kr. (aufrecht erhalten).

Das Justizministerium hat diesmal die sehr bedeutende Summe von 1,001,244 fl. 49 kr. zu verwenden, und zwar meistens für Bau- und Einrichtungskosten, welche die neue Einrichtung der Gerichte und der Gefängnisse nothwendig macht. Es sind bewilligt: für Gebäude der Obergerichte 80,000 fl., der Bezirksstrafgerichte (in elf Städten) 368,800 fl. Für Einrichtung der Hofgerichtslocale (zum öffentlich-mündlichen Verfahren) 42,822 fl.; der Amtsrevisoratsregistraturen 4,000 fl. Für das neue Männerzuchthaus zu Bruchsal (Einzelhaft in Zellen) zur Vollendung des Baues, Einrichtung und Betriebsfond 404,084 fl. nebst einem aufrecht erhaltenen Credite von 37,791 fl. 9 kr.; für Herrichtung der

gegenwärtigen Männerstrafanstalt in Bruchsal zum allgemeinen Arbeitshaus 19,597 fl.; für die Herrichtung der Strafanstalten in Freiburg und Mannheim zu Kreisgefängnissen und einige weitere Bedürfnisse dieser Anstalten und der Weiberstrafanstalt in Bruchsal 24,384 fl. Von der neuen Einrichtung der Gefängnisse verspricht man sich das Aufhören der größern Verderbniß der Sträflinge in den bisherigen Anstalten und die Möglichkeit, sie zum Wiedereintritt in die Gesellschaft nach erstandener Strafzeit tauglich zu machen.

Wie bei dem eigentlichen Staatsaufwande, so fällt auch aus den dort (Art. 2) angegebenen Gründen bei den außerordentlichen Ausgaben der größte Theil auf das Ministerium des Innern, welchem dafür eine Summe von 1,481,371 fl. 57 kr. theils neu bewilligt, theils aufrecht erhalten wird. Hievon sind bestimmt:

Für die innere Einrichtung des Generallandesarchivs 1,200 fl.

Bezirksjustiz und Polizei 37,292 fl., meistens für Vollendung des Baues neuer Amtshäuser und Gefängnisse, dann für Einrichtung der Amtsregistraturen und Polizeiaufwand für den Festungsbau in Rastatt.

Allgemeine Sicherheitspolizei, für 150 neue Gendarmriegelgewehre 2,838 fl.

Unterrichtswesen 98,778 fl., meist für Baulichkeiten und Einrichtungen bei der Universität Heidelberg (39,221 fl.), für das Lyceum in Freiburg (55,000 fl.), das evangelische Schullehrerseminar, das Taubstummen- und das Blindeninstitut, Wissenschaften, Künste und Gewerbe, 20,000 fl. für ein Schulhaus der neu errichteten Ackerbauschule auf der Domäne Hochburg.

Siechenanstalt (Pforzheim) und Irrenanstalt (Allenan) für verschiedene Einrichtungen und Anschaffungen 25,323 fl. 44 kr.

Wasser- und Straßenbau 1,259,234 fl. 7 kr. — Der Rheinbau längs der französischen Grenze und die Uferbedeckung in den Durchschnitten nehmen hievon etwa 256,600 fl. in Anspruch; die Unterhaltung der Leinpfade und Wasserstraßen, die Correction und Eindämmung der Murg und der Elz, Verbesserungen und Herstellungen am Neckar und Main und dergleichen erfordern gegen 96,950 fl. Weitans der größere Theil des Aufwandes ist aber für die Vollendung angefangener und für neu in Bau zu nehmende Straßen bestimmt. Auf den Odenwald und die Maingegend kommen davon über 390,000 fl. Die bedeutenderen Werke sind: die Umgehung der Mosbacher Steige, die Straßen 1. von Hardheim über Königheim nach Tauberbischofsheim, 2. von Rödnhühl über Adelsheim, Bödigheim, Buchen und Hettlingenbeuern, beziehungsweise Waldbörn und Ripperg nach Amorbach zur Ver-

bindung des mittleren Neckars mit dem mittleren Main, 3. Verlegung der Straße von Wertheim nach Nilsbachhausen ins Taubertal, 4. von der Hauptlandesstraße bei Buchen über Mudau nach der Oerbach-Wiltberger Straße bei Ralbach und von da nach Schollenbach u. s. w. — In der Seegegend und auf dem Schwarzwald bis gegen Freiburg sind theils angeordnet, theils werden fortgesetzt: die Umgehung der Engener Steige, die Straße vom Breisgau ins obere Wiesenthal, die Correction der Wiesenthalstraße, die Straße von Dürheim nach Donaueschingen, die Straße von Ludwigshafen über Sipplingen nach Ueberlingen, Correction der Straße von Freiburg nach Schaffhausen (Beseitigung der Höllensteige), Straße von Randegg nach Schaffhausen u. s. w. Für diese und einige andere Arbeiten in den obern Landesgegenden (z. B. Donaubrücke bei Mähringen, Hafen zu Meersburg, Stützmauer an der Straße von Ueberlingen nach Mösskirch) ist eine Summe von mehr als 416,300 fl. bestimmt. Diese Arbeiten, in den von der Eisenbahn entlegenen und theilweise auch sonst benachteiligten Bezirken sind es hauptsächlich, von denen zu wünschen ist, daß sie bald begonnen und thunlichst betrieben werden möchten, um einem Theile der arbeitenden Klasse Beschäftigung zu geben.

Landesgestüt. Für Bauveränderungen im Fohlenhof zu Müppurr und Herstellung einer Barriere 577 fl.

Verschiedene Ausgaben 26,708 fl. 46 fr. für Vermessung und Abschätzung der Waldungen, Copiren der Waldpläne und zum Ankauf von Saatkartoffeln (15,000 fl.)

Dem Finanzministerium sind aus dem Betriebsfond 355,245 fl. 57 fr., aus dem Grundstockvermögen 148,883 fl. 20 fr. zu außerordentlichen Ausgaben bewilligt, welche sich unter die verschiedenen Zweige dieser Verwaltung vertheilen, wie folgt:

Die Kameraldomänenverwaltung erhält 178,024 fl., wovon 54,778 fl. für die Zehntseccion, welche in dem außerordentlichen Budget erscheint, weil sie nur bis zur Vollendung der Zehntablösung bestehen wird; 41,531 fl. für die Ueberdachung des abgebrannten Schloßflügels in Mannheim, endlich 81,715 fl. meistens für Culturarbeiten, z. B. die Eindämmung der Kollerinsel bei Brühl und verschiedene Wässerungseinrichtungen.

Der Forstdomänenverwaltung werden 95,369 fl. überwiesen, zur Erbauung neuer Schwallungen an der Schwarzbach und in der Rauminzach, Herstellung einer Vicinalstraße (Forst-Hambrücken-Wiesenthal) und eines Holzabfuhrwegs (Herrenwies-Bühlertal), für zwei Försterwohnungen (Kirchzarten und Ottenhöfen) und ein Schulhaus (Rauminzach).

Die Berg- und Hüttenverwaltung erhält 5,883 fl. für einige Herstellungen in Albrud und Kollnau.

Der Zollverwaltung sind 224,853 fl. bewilligt, für Arbeiten an den Häfen und Brücken zu Mannheim, Leopoldshafen, Knielingen, Kehl, Altbreisach, Ludwigshafen, Konstanz, für Zollgebäude, für den Zollunterstützungsfond (Restguthaben) u. s. w.

Das Kriegsministerium endlich erhält 393,630 fl., wovon die bedeutendsten Posten für den Bau einer Friedenskaserne in Rastadt (204,667 fl.), als Beitrag zur Erbauung der Bundesfestungen Ulm und Rastadt (120,164 fl. nebst 20,784 fl. eigene Ausgaben wegen des Festungsbaues in Rastadt) und für Bevollständigung und Ausrüstung des Armee-corps (31,322 fl.) bestimmt sind; der Rest wird für Ein-

richtungen zum Turnen und Schwimmen, so wie für kleinere Bausachen verwendet.

Mag auch diese kurze übersichtliche Darstellung der Mittel, welche in den Jahren 1846 und 1847 der Staatsverwaltung bewilligt sind, der Quellen, woraus sie fließen und der Zwecke, wozu sie verwendet werden, manchem Leser trocken erscheinen, so hoffen wir doch, das Andere sie als nicht unnütz erkennen werden. Sie zeigt wenigstens, daß in Baden der Staatshaushalt offen geführt wird, so daß Jedem die Mittel geboten sind, sich darüber zu unterrichten; sie mag ferner lehren, daß es gut ist, sich vorher etwas näher darin umzusehen, ehe man die Verwendung so großer Summen als ein Unglück für einen kleinen Staat beklagt. Man kann allerdings wünschen, daß für diese Zwecke weniger, für jene mehr verwendet werden möchte; allein darüber kann ein Zweifel nicht bestehen, daß es ein Glück ist, wenn ein Staat, ohne unverhältnißmäßige Belastung der Angehörigen, reichliche Mittel zu nützlichen Ausgaben aufbringen kann, zu Ausgaben, welche für die Bildung, für den Verkehr und die Entwicklung der materiellen Hilfsquellen verwendet, reichliche Früchte tragen. Und mit Stolz dürfen wir sagen, daß trotz mancher Mängel und gerechten Wünschen und Beschwerden, Baden in dieser Beziehung mit jedem andern deutschen Staate den Vergleich aushalten kann und keinem nachsteht. Daß hiezu das kräftige Verfassungsleben hauptsächlich mitgewirkt, glauben wir als nicht zu bestreitende Wahrheit aussprechen zu dürfen.

Das Regierungsblatt Nr. XLII. vom 12. October enthält die Einberufung des landständischen Ausschusses auf den 28. October zur Prüfung der Amortisations-, Zehntschuldentilgungs- und Eisenbahnschuldentilgungscassen-Rechnung für 1845.

Briefe.

• Mannheim, 12. October. (Vorschläge und Maßregeln gegen die Theuerung; Bewegung auf dem Getreidemarkt). Die Groß. Regierung hat, sicherem Vernehmen nach, Aufkäufe von Getreide, Mehl und Hülsenfrüchten im Auslande angeordnet; die Maßregeln, welche bei andauernder und zunehmender Theuerung zu ergreifen seien, waren bei der letzten Kammer in vertraulicher Sitzung besprochen und die erforderlichen Credite bewilligt worden (damit ist die Angabe eines hiesigen Blattes widerlegt, daß die Stände sich nichts um die Theuerung bekümmert hätten). Ferner vernimmt man, daß seit einiger Zeit schon die Gemeinden Mittheilungen über zweckmäßige Vorkehrungen gegen zunehmende Theuerung und für die Ernährung der ärmeren Classen durch die Rentier erhalten, und angefragt werden, was sie zu thun beabsichtigen. In Freiburg hat die bürgerliche Lejegesellschaft Anstalten getroffen, möglichst wohlfeile Lebensmittel für die ärmere Classe herbeizuschaffen; einige Mitglieder haben bereits eine Partie amerikanisches Mehl bestellt. In Basel waren vor einigen Tagen schon über 2800 Actien zu 70 Franken für den Getreideeinkaufverein gezeichnet und ein erster Einkauf von 2000 Säcken Getreide in Marseille hatte bereits stattgefunden. Die Stadt Frankfurt hat 300 Fässer amerikanisches Mehl, 12,000 Malter Korn und einige 1,000 Malter Weizen angekauft, (die freie Stadt Bremen soll 500,000 Thlr. zu gleichen Zwecken bestimmt und zwei Sachverständige nach

Amerika geschickt haben). Von einem bevorstehenden Verbot der Fruchtausfuhr aus den Vereinststaaten hört man noch immer reden; wir können, wie schon im vorigen Blatte gesagt ist, nicht wünschen, daß es eintrete, weil es nur vorübergehend wirkt und Nachwehen bringt, wozu auch die Wiedervergeltungsmaßregeln der Nachbarn gehören, durch welche andere, für uns wichtige Zweige des Verkehrs in's Stocken kommen können. Ein großer Vortheil des Zollvereins ist der, daß die einzelnen deutschen Staaten nicht mehr gegen einander sperren dürfen; sie würden es am Ende wieder thun, wie 1817. Der Kanton Thurgau hat dem Verbot der Kartoffelausfuhr aus Baden bereits das Verbot der Ausfuhr von Lebensmitteln, Schlachtvieh einbezogen, entgegen gesetzt. Dies Verbot ist fast wirkungslos, so lange die übrigen Grenzantone, Zürich, Schaffhausen, Aargau und Basel sich nicht anschließen, da nach dem Bundesvertrag Thurgau seine Produkte nicht von ihnen zurückhalten, also auch die Ausfuhr durch ihr Gebiet nicht hindern kann; ferner liegt Constanz nicht bloß am Thurgau, sondern auch am Bodensee; allein belästigend für den Grenzverkehr ist die Maßregel immerhin. Bedenklicher wären Maßregeln, welche Frankreich dem Verbote der Fruchtausfuhr aus den Vereinststaaten entgegen setzen könnte; diese würden ohne Zweifel Gegenstände treffen, an deren Absatz uns gelegen ist und sie würden insbesondere dem Grenzlande Baden empfindlich sein. —

Die Nachbarländer lassen es ebenfalls nicht an Anstrengungen fehlen, dem Mangel vorzubeugen. Holland läßt die vorjährigen Begünstigungen der Ausfuhr von Reis aus seinen indischen Besitzungen nach dem Mutterlande in eigenen Schiffen für 1847 fortbestehen und zu dem im Durchschnitt günstigen Ergebniß der eigenen Aernte kommt die Nachricht von einer sehr ergiebigen Reissärnte auf Java. Die französische Regierung hat vorgeschrieben (wie die Zeitungen berichten), daß zu Lieferungen von Brod, Zwieback und Mehl für die Land- und Seemacht nur ausländisches Getreide verwendet werden darf. Zudem scheint die Aernte dort nicht so unergiebig, wie man beforgte. Nach den von der Regierung auf 30. September zusammengestellten Durchschnittspreisen stellte sich von 20 Franken (an der Nordküste) bis 30 Franken (im Elsaß) der Hektoliter. Daß die Preise nicht billiger sind, wird hauptsächlich der Spekulation der Bauern zugeschrieben, welche ihre Vorräthe vom Markte fern halten. Die Regierung scheint Willens zu sein, Vorschüsse auf Getreide zu geben, welches zum Verkaufe niedergelegt wird. Gegen Ankäufe auf Rechnung des Staates wird das Beispiel von 1817 angeführt, wo der Staat für etwa 80 Millionen Franken kaufte, was den Bedarf des Landes kaum für acht Tage deckte und woran 49 Millionen verloren wurden. Der Minister erklärte damals, daß nur der freie Handel hinreichende Vorräthe herbeischaffen könne. Ferner wird angeführt, daß die Gemeindebehörde von Paris im Jahre 1817, wo sie den Einkauf und Verkauf von Frucht selbst besorgte, 26 Millionen einbüßte; im Frühjahr 1829 dagegen, wo sie die Bäcker unterstützte, um den Aermern Brod zu 40 Centimes die 2 Pfunde (der Preis war 55 C.) zu liefern, den Zweck mit einem Aufwande von 1,400,000 Fr. erreichte. Die Nachrichten aus den Bezugsländern lauten im Allgemeinen günstig. Nach Trieft meldet ein Brief aus Salacz vom 19. Sept., daß gegen 700 Schiffe den Bosporus verlassen hätten, um an den Häfen des schwarzen und asow'schen Meeres und der Donau Vorräthe zu holen, welche dort so reichlich aufgespeichert seien, daß noch viel mehr Schiffe nützliche Verwen-

dung finden könnten. Nach dem Neu-Yorker Courier vom 15. September war der Aernteertrag an Weizen, Mais und allen übrigen Getreidearten sehr groß und es waren noch ältere Vorräthe vorhanden. Die von dem statistischen Bureau in Washington gefertigten Zusammenstellungen zeigen merkwürdige Zahlen, z. B. 106 1/2 Millionen Scheffel Weizen, 163 1/2 Millionen Scheffel Hafer, 27 Millionen Scheffel Roggen, 56 Millionen Scheffel Gerste, 417 1/2 Millionen Scheffel Mais, wovon die 20 Millionen Einwohner der Vereinigten Staaten viel abgeben können. — Am schlimmsten steht es in Großbritannien, welches für die Ernährung des größten Theiles der Bewohner Irlands, eines Theiles von Schottland und Wales zu sorgen und in England selbst einen großen Ausfall, nicht an Weizen, aber an Kartoffeln, Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten zu decken hat. Doch sind auch nirgends die Mittel größer und das Geld ist dort am billigsten zu haben.

Wenn nun auch die Aufkäufe durch Regierungen, Städte und Vereine etwas mehr Geld erfordern, als die nämliche Menge von Lebensmitteln im freien Handel gekostet haben würde, so tragen sie doch zur Beruhigung der Gemüther bei und das ist auch etwas werth. Ferner werden die Bezugsländer, von denen wir kaufen, geneigt, von uns zu kaufen; es kommt darauf an, ob die deutsche Industrie die Umstände zu benutzen weiß, damit wir doch einen Theil der bezogenen Früchte mit deutschen Fabrikaten decken. Sodann finden die Landwirthe, welche nicht in den Händen von Wucherern sind, in den hohen Preisen einen Ersatz für manchen Schaden; die weinbauenden Gegenden haben namentlich in dem diesjährigen Ertrags eine Entschädigung für manche Mißjahre. Endlich werden gerade durch die Theuerung zweckmäßige Vorschläge für Verbesserungen im Betrieb der Landwirthschaft, Urbarmachung oder Strecken, Errichtung von Kreditanstalten mehr Eingang finden, als sonst geschehen wäre; auch lernen die Menschen ihre Kräfte zur Erreichung nützlicher und wohlthätiger Zwecke vereinigen und diese Erkenntniß wird nicht ohne nachhaltige Wirkung bleiben.

Die Freiburger Zeitung,

Eigenthum der Stadt, unterliegt, wie andere Dinge, dem Einfluß der Zeit. Mit der alten Faulheit geht es nicht mehr. Die Stadtgemeinde fand in ihren Rechnungen, daß die Freiburger Zeitung im vorigen Jahre 2,000 fl. mehr gekostet als eingetragener. Stillstand ist Rückschritt; — in der Mitte zwischen der oberrheinischen und der süddeutschen Zeitung mußte gearbeitet werden, wenn die Freiburgerin nicht mehr und mehr der Gemeinde zur Last fallen sollte. Arbeiten war aber bekanntlich keineswegs die Liebhaberei der Redaction; es wurde daher eine neue bestellt; Herr Dr. Krönlein aus Gießen, Privatdocent, wurde der Nachfolger des Herrn Dr. Wörl, Professor. So angenehm nun die Stelle eines Redacteurs der Freiburger Zeitung sein mag, wenn er nichts zu thun braucht, so wenig beneidenswerth erscheint uns dieselbe, wenn die Verbindung daran geknüpft ist, etwas zu leisten, was einerseits den Mitgliedern der städtischen Behörde und andererseits dem zeitungsliesenden Publikum gefallen soll. Wir halten die Lösung dieser Aufgabe fast für unmöglich, so lange der Gemeinderath und das Publikum einander selbst so wenig gefallen. Wenn es daher dem Herrn Dr. Krönlein noch nicht gelungen sein sollte, mit dem alten Archimedes rufen zu dürfen: „Ich hab's

gefunden", so darf uns das nicht wundern; es gehört Muth genug dazu, nur den Versuch zu machen.

Die erste Frage war: Welche Richtung bietet am meisten Aussicht, den Ausfall zu decken, in welcher Richtung soll also gearbeitet werden? Ultramontan? Das Feld ist von der Süddeutschen besetzt. Liberal? Da hat sich die Oberrheinische schon eingenistet. Industriell? Daran ist die Oberdeutsche selig zu Grund gegangen, weshalb man diese Richtung lieber dem Mannheimer Journal zur Nachahmung empfiehlt. Da bleibt denn kaum etwas Anderes übrig, als die „vermittelnde Richtung“, wie sie in der Residenz herrscht und von der Karlsruher Zeitung vertreten wird.

Also, die vermittelnde Richtung wird in einem leitenden Aufsatz als Fahne aufgezogen, unter welcher sich die Schaaeren der Getreuen versammeln können, wenn sie wollen; an Raum ist kein Mangel. Die vermittelnde Richtung ist der große Ererzierplatz für alle Diejenigen, welche keiner Partei angehören. Sie ist mit dem Bestehenden zufrieden und wünscht den gemäßigten Fortschritt, das heißt, sie wünscht, daß es ihr jeden Tag besser gehen möge. Wer sollte sich dieser angenehmen Richtung nicht gerne anschließen?

Ja, wenn sie wirklich die Person wäre, für welche sie sich ausgibt, wenn sie feste Grundsätze aufstellte, zu denen sie sich bekennt, wenn sie angäbe, welches die Gegensätze sind, zwischen denen sie vermitteln und wie sie dabei verfahren will, wenn sie eine Probe davon gäbe, daß sie mit nützlichen Dingen sich abzugeben Lust und Geschick habe, dann ließe sich etwas von ihr erwarten. Was uns aber von der neuen Redaction bis jetzt vorliegt, das ist weiter nichts, als der alte, gründliche Haß gegen die Liberalen, der nur für etwas Besseres angesehen werden möchte. Dazu kommt eine Schreibart, womit eine Zeitung in Baden niemals Glück machen wird. Oder heißt es vielleicht sachlich schreiben, wenn man zu erwägen gibt: „daß jeder Ruß, den die Weltgeschichte vorwärts gethan hat, nur aus der lebendigen Dialektik gegenwärtiger Standpunkte erfolgt ist.“ Das mag sich auf dem Katheder gelehrt ausnehmen, vielleicht auch im Rheinischen Beobachter, aber der Breisgauer und der Schwarzwälder wird es kaum genießbar finden. Oder heißt das deutsch schreiben, wenn in wenigen Zeilen auf einander geschichtet da liegen:

Homogen und heterogen,
Stabilismus, Divergenzen,
Transcendente Ideale,
Perverse und excentrische
Utopien der Phantasie!

Das kann einem guten Deutschen, auch wenn er kein strenger Sprachreiner ist, nicht behagen. Es ist diese Form noch unerquicklicher, als der Inhalt, oder als der Meinungskrieg, durch welchen der Redaction, wie sie klagt, die Erkenntnis des Wahren und des Rechten „ungemein erschwert“ wird.

Nach ihrem Glaubensbekenntnis für die vermittelnde Richtung übt sich die neue Redaction im Zurechtmachen der Zeitungsartikel, welche sie für ihr Blatt ausliest. Man kann nicht jeden Tag eine so „breite Basis der Betrachtung“ anstellen, wie der erste Aufsatz eine ist. — Da wird also der bekannte Artikel gegen die „Pfälzer Partei“ aus der Kölner Zeitung abgedruckt, um, wo möglich, die liberalen Städte uneinig zu machen. Sodann wird die Abendzeitung hergenommen, welche zu einem

Bericht der Wespertzeitung über einen Ministerwechsel in nicht liberalem Sinn Bemerkungen gemacht hat. Diese Bemerkungen nennt die neue Redaction, welche noch die Collegenhefte im Kopfe zu haben scheint: „Marginalien“ und Schredschüsse gegen eine „erst mögliche Gestaltung“, woran, wenn sie eintrete, die von der Abendzeitung vergötterte Partei schuld sei, welche unseren verehrten Herren Ministern ihre Stellung so sehr zu verbittern gewünscht habe.

Den folgenden Tag erscheint wieder eine Redactionsarbeit: „Der extreme Liberalismus und der Fortschritt“, als Probe eines schwachen Gedächtnisses. Denn es ist darin nicht nur die Ruhe und Gelassenheit vergessen, welche schon die alten Weisen als das Ziel des menschlichen Verhaltens angestrebt haben, wie die Redaction am 1. October sagte, sondern es wird noch ein viel ärgerer Schredschuß abgefeuert als jener, den man Tags zuvor der Abendzeitung so übel genommen hat. Die ruhige, gelassene, vermittelnde Richtung überhäuft die Liberalen mit einer Fluth von „bodenlosem Rasonnement, Eitelkeit und gespreizter Hohlheit, Superlativität des Redens, Excentrischen und Enthusiasten der Linken, Himmelstürmerei“ und wie die aus der Kumpfkammer der Rückschrittpartei hervorgeholten Ausdrücke alle heißen. Dann wird den Liberalen „auf das Bestimmteste“ versichert, daß eine Macht, eine große Macht, eine sehr große Macht ihnen demnächst den Sarau machen werde. Mit derlei verbrauchten Mitteln lockt man hier zu Lande keinen Hund mehr vom Ofen; sie stehen aber recht gut zu der Behauptung an der Spitze des Artikels: Die liberale Partei habe sich öffentlich gerühmt, daß von nun an ihr Sieg entschieden sei, und zu der Entdeckung: daß auf Erden Alles dem Wandel unterliege und der badische Liberalismus eine Achillesverse habe. — Später übersetzt die Redaction aus einer Antwerpener Zeitung einen Artikel über den Pauperismus in Belgien, was leichter ist, als eigene Aufsätze schreiben, und äußert sich über die Reformen Pius IX., für den sie sich erklärt, weil er ein Vermittler sei (nur ganz anders als die Redaction).

Wir können, nach Allem diesem, der Freiburger Zeitung keine Hoffnung geben, daß ihre vermittelnde Richtung den vorjährigen Ausfall von 2000 fl. decken werde; im Gegentheil. Statt einer neuen Redaction sollte sich die Stadt Freiburg lieber einen neuen Gemeinderath anschaffen. Dann würde sie nach reiflicher Erwägung ohne Zweifel finden, daß ein Eigenthum, wie die Freiburger Zeitung, unter den gegenwärtigen Verhältnissen und deren voraussetzlicher Entwicklung, nur eine Quelle von Opfern, eine Last für die Stadt ist, für deren Fortdauer die Vertreter der Gemeinde, im Interesse des Gemeindevermögens, nicht mehr stimmen können. Früher war es anders, aber so ist es jetzt; der Zeitung ist nicht mehr zu helfen, also überlasse man sie — der Privatindustrie.

— Nach einer interessanten Mittheilung des Herrn Professor Stieffel in der Karlsruher Z. haben wir keinen strengen Winter zu erwarten. Dies wird aus der Vergleichung mit acht früheren Jahren, deren Sommer dem diesjährigen ähnlich waren, geschlossen und bemerkt, daß die Erdwärme durch den heißen Sommer gegen große Kälte nachwirke und das Hochgebirge viel mehr Schnee verloren hat, als sonst, was auch gegen den Pol hin der Fall sein muß.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagsbandlung.